

### 3.7 Kritische Soziologie als grundlegende Bezugsdisziplin für eine Soziopolitische Bildung

»Die Soziologie hat als einzige der sozialwissenschaftlichen Disziplinen den Bezug zu Problemen der Gesamtgesellschaft beibehalten. Sie ist immer auch Theorie der Gesellschaft geblieben« (Habermas 1995: 20).

#### 3.7.1 Eine gesellschaftskritische Soziologie für eine Soziopolitische Bildung

Entgegen der Dominanz der Politikwissenschaft in der hegemonialen Politikdidaktik (vgl. Kap. 2.2) wird im Folgenden begründet, warum für eine Soziopolitische Bildung in emanzipatorischer und demokratischer Absicht die *Soziologie* als gesellschaftskritische Sozialwissenschaft grundlegende Bezugsdisziplin ist. Im Widerspruch zur Aussage »There is no such thing as society« der britischen Premierministerin Margaret Thatcher Ende der 1980er Jahre (zit.n. Bauman 2003: 79), die die neoliberale Ideologie ausdrückend behauptet, die soziale Welt bestehe ausschließlich aus Individuen und bürgerlichen Familien (vgl. Marchart 2013: 8), stellt für die Soziologie der Begriff der Gesellschaft<sup>98</sup> die Grundeinheit des Sozialen dar (Schwietring 2011: 21). Die Gesellschaft bringt hinter dem Rücken der Individuen die sozialen Phänomene und Institutionen wie Wirtschaft, Staat und Recht hervor, in ihr sozialisieren und personalisieren sich die Subjekte (Schimank 2013: 9). Folglich stellt für eine Soziopolitische Bildung die Gesellschaft und *nicht* der Staat als Derivat der Gesellschaft Ausgangspunkt und Grundbegriff der Politischen Bildung dar.<sup>99</sup>

Jedoch lebt der »Mensch nicht einfach *in* Gesellschaft [...], sondern in *einer besonderen* Gesellschaft, die ein konkretes und bedeutsames Ganzes bildet.« (Ehrenberg 2011: 29) Wie es Aufgabe der Soziologie ist, muss auch die Politische Bildung »dieser Gesellschaft [...] ein Bewusstsein ihrer selbst geben.« (Decker/Brähler 2016: 12) Entgegen der Neigung innerhalb der Soziologie »unbezwiefelbare Momente oder Tätigkeitsformen im gesellschaftlichen Zusammenleben zu substanzialisieren und als Hauptmerkmal dem Ganzen anzuheften« (Negt 2010: 186),<sup>100</sup> bezieht sich eine Soziopolitische Bildung auf

98 Ab der Neuzeit bezeichnete der Begriff der Gesellschaft die »freie, universale, das heißt *vorstaatliche* Vereinigung von Individuen« gegen den Adel: »Gesellschaft« war ursprünglich ein »Drittenstands-begriff: [*sic!*]« (Adorno/Horkheimer 1991: 23) Zum Begriff der Gesellschaft in der Soziologie vgl. Schwietring 2011: 21ff.; Schimank 2013; Reheis 2014: 102.

99 Die Gesellschaft gegenüber dem Staat als Hauptobjekt der Soziologie zu setzen, stieß schon Ende des 19. Jahrhunderts auf starken Widerstand. Georg Simmels Berufung an den zweiten Philosophie-Lehrstuhl in Heidelberg scheiterte am Gutachten des Historikers Dietrich Schäfer: Es sei ein »verhängnisvoller Irrtum« der Soziologie im Allgemeinen und Simmels im Besonderen, die Gesellschaft als »maßgebendes Organ für menschliches Zusammenleben an die Stelle von Staat und Kirche setzen zu wollen«. Simmels »Lebens- und Weltanschauungen« wären »mehr zersetzend und negierend als grundlegend und aufbauend« (zit.n. Marchart 2013: 43).

100 Folglich wird seit einigen Jahrzehnten konstatiert, wir lebten u.a. in der Massengesellschaft, Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Informations- oder Wissensgesellschaft, postfordistischen Gesellschaft und Netzwerkgesellschaft sowie aus kulturphilosophischer Sicht in der postmodernen Gesellschaft. Aktuellere Zeitdiagnosen sprechen u.a. von der Beschleunigungsgesellschaft oder der Gesellschaft der Singularitäten. Dabei benennen die meisten Begriffe allerdings ledig-

makroperspektivische Ansätze der Soziologie, die die *Strukturen* des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Schimank 2013: 50) analytisch erfassen.<sup>101</sup> Die Gesellschaftsstrukturen prägen maßgeblich sowohl die politischen Institutionen – und damit auch den Staat – als auch die Handlungsmöglichkeiten und -rationalitäten, die moralischen und politischen Einstellungen (vgl. Heitmeyer 2012) sowie die Einflussmöglichkeiten und die Psyche (vgl. Ehrenberg 2015: 15) der sozialen Akteure. Dabei schränken sie einerseits die individuellen Handlungsmöglichkeiten der Subjekte ein, andererseits eröffnen sie diese überhaupt erst (Schimank 2013: 31). Gesellschaftliche Strukturen sind jedoch nicht statisch, sondern durch Praxis veränderbar. Für eine Soziopolitische Bildung in emanzipatorischer Absicht ist dies grundlegend. Nicht nur das Handeln von Subjekten ist durch gesellschaftliche und politische Ordnungen und Strukturen geprägt. Diese wiederum wandeln sich durch das Handeln der Subjekte (Joas/Knöbl 2004: 37). Folglich ist die soziologische Grundfrage nach dem dialektischen Verhältnis von *Handlung* und *Struktur* (Giddens 1988: 215) für eine Soziopolitische Bildung grundlegend.

Während die sozialwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in der Regel lediglich bestimmte Aspekte und Bereiche des Sozialen untersuchen, ist die Soziologie als »Wissenschaft von der Gesellschaft« (Schwietring 2011: 124) die Bezugsdisziplin, die die »Gesellschaft als *ganze* in den Blick« (Habermas 1978: 298) nimmt. Dabei zielt sie auf die »Aufklärung über den tatsächlichen Charakter der Gesellschaft, in der man lebt.« (Streeck 2013: 63) Der Begriff der Gesellschaft wird hierbei als explizit *politische* Kategorie verstanden, da die moderne Gesellschaft nicht den Ort des Pluralismus (vgl. Kap. 1.2.4) im Sinne einer deliberativen Öffentlichkeit (Habermas 1992: 10), sondern den vermachteten Ort des Konflikts – also des *Politischen* – darstellt. Durch den Gesellschaftsbegriff ist es möglich, »nicht nur die Totalität des Sozialen, sondern das Soziale in seiner Totalität als Konfliktraum zu denken. Jeder soziale Tatbestand kann zumindest potenziell zum Streitfall werden.« (Marchart 2013: 34)

Die zeitgenössische bürgerliche Gesellschaft ist weiterhin auf Grund ihrer ökonomischen Strukturen als »Kapitalismus« zu bezeichnen (Streeck 2010: 1). Seit die Soziologie im 19. Jahrhundert in Europa als »Theorie der bürgerlichen Gesellschaft« (Habermas 1995: 21) entstanden ist,<sup>102</sup> ist sie ihrem Selbstverständnis nach »Krisenwissenschaft« (ebd.), da sie die gesellschaftlichen Umbrüche und sozialen Verwerfungen kapitalistischer Industrialisierung (vgl. Castel 2008) sowie die pathologischen Nebeneffekte der Modernisierung (Bauman 2003: 19) analysiert. Diesbezüglich wird sie seit ihrer Entstehung nach *konservativen* und *kritischen Ansätzen* differenziert (Habermas 1978: 290), nach dem nor-

---

lich einzelne Aspekte und behaupten diese als grundlegend für die Strukturierung der Gesellschaft, statt die dominierenden und strukturbildenden gesellschaftlichen Prinzipien zu fokussieren (Negt 2010: 186).

101 Damit wird auch eine mikroperspektivische Sichtweise der Soziologie überwunden, wie die Max Webers, Soziologie als »Wissenschaft [zu begreifen], welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will« (1956: 1). Mikroperspektivische Ansätze verzichten jedoch darauf, Struktur und Dynamik moderner Gesellschaften systematisch darzustellen.

102 Zur Entstehung der Soziologie im 19. Jahrhundert vgl. Habermas 1978; Schwietring 2011: 124ff.

mativen Ziel soziologischer Forschung bedingt, ob gesellschaftliche Ordnung aufrecht-erhalten oder verändert werden soll.

Seit der Finanzkrise von 2007/08 fordern kritische Sozialwissenschaftler\_innen zunehmend, eine kritische Soziologie zu stärken, die sich gegenüber dem Einfluss der Kultursociologie und der unpolitischen Wirtschaftssoziologie wieder ihrer kapitalismus- und krisentheoretischen Herkunft bewusst macht, um diese für den zeitgenössischen Kontext zu adaptieren (u.a. Streeck 2010). Kritische Soziolog\_innen beharren

»auf der Einsicht, dass es in der ›modernen‹ Gesellschaft – und auch noch in ihrer gegenwärtigen, ›spätmodernen‹ Formation – vor allem der Kapitalismus als verselbstständigte Form privater Profitakkumulation ist, auf den bzw. auf dessen soziale Bedingungen und Konsequenzen soziologische Gesellschaftsdiagnostik und Gesellschaftskritik zu zielen haben.« (Dörre 2009: 12)

Weiterhin muss die Soziologie als kritische Sozialwissenschaft die moderne Gesellschaft daraufhin überprüfen, ob die Versprechen der Moderne Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung für alle gesellschaftlichen Subjekte durch die gesellschaftliche und politische Ordnung umgesetzt, verunmöglicht oder bedroht sind.

Gegenüber enggeführten, empirisch-analytisch orientierten Sozialwissenschaften, die sich lediglich auf das Bestehende und Messbare fokussieren, ist eine *kritische* Soziologie gesellschaftstheoretisch fundiert (Marchart 2013: 60). Obwohl seit den 1970er Jahren in den Sozialwissenschaften faktisch marginalisiert (ebd.: 358), stellen Gesellschaftstheorien (vgl. Joas/Knöbl 2004) Annahmen über die Gesellschaft und ihre Grundprinzipien sowie Entwicklungstendenzen auf. Für eine Soziopolitische Bildung ermöglicht dies gerade in Krisenzeiten, sich über »das Funktionsprinzip, die Entwicklungsrichtung und die treibenden Kräfte eines bestimmten Typus von Gesellschaft« Erklärungen einzuholen (Schwietring 2011: 75).

Eine Soziopolitische Bildung bezieht sich vor allem auf Gesellschaftstheorien in Anlehnung an die *Kritische Theorie* (vgl. Kap. 3.2), die entgegen systemtheoretischen Ansätzen (vgl. Kap. 1.2.3), die von Gesellschaft als einem System funktional ausdifferenzierter und eigenlogisch operierender Teilsysteme ausgehen (Luhmann 1987: 38) und sich durch ihre empirische Fokussierung normativer Aussagen entziehen (ebd.: 9), einen ganzheitlichen und kritischen Blick auf die Gesellschaft richten. Hierbei wird an Adornos Verständnis der Soziologie als »Herrschaftswissen« (2012: 18), also des Wissens um gesellschaftliche Herrschafts- und Vermittlungszusammenhänge, angeknüpft. Zentrale sozialwissenschaftliche Kategorien wie Staat, Marktwirtschaft, Recht, Subjekt, Macht, Herrschaft und Geschlecht sind entgegen einer vermeintlich ontologischen Sichtweise auf Gesellschaft in ihrer »gesellschaftstheoretische[n] Dimension« (Marchart 2013: 361) sichtbar zu machen, denn, wie Habermas verdeutlicht, ist »radikale Erkenntniskritik nur als Gesellschaftstheorie möglich« (1981: 9). Zudem begreift sich eine kritische Soziologie entgegen bestimmten empirischen Ansätzen der Sozialwissenschaften ausdrücklich *nicht* als »wertfrei« (vgl. Weber 2002a: 358ff.). Vielmehr zielt sie durch ihre normative Ausrichtung auf die praktische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im demokratischen Sinne ab.

### 3.7.2 Politische Soziologie als Kritische Theorie des Politischen für eine Soziopolitische Bildung

Entgegen den meisten politikwissenschaftlichen Arbeiten, die das soziale Phänomen der *Macht* nicht analytisch herleiten, sondern lediglich als gegeben setzen und im Sinne von »Macht erlangen« bezüglich des Parlamentarismus oder des Regierungssystems thematisieren und damit im Staat verorten, untersucht die *Politische Soziologie* (vgl. Holzer 2015) »Phänomene der Macht« (Popitz 1992) in ihrer Wechselwirkung zwischen politischen Institutionen, der Gesellschaft und Ökonomie (Hedtke 2014c: 77).<sup>103</sup> Neben der kritischen Soziologie kann folglich die Politische Soziologie für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung als wichtige Bezugsdisziplin gelten. Als kritische Theorie des Politischen nimmt die Politische Soziologie eine Scharnierfunktion zwischen der Soziologie und Politikwissenschaft ein (Kißler 2007: 14), die den engen Politikbegriff der Politikwissenschaft (vgl. Kap. 1.1.2) durch eine »Entgrenzung des Politischen« (Kißler 2007: 27) zu überwinden vermag. Politischer Soziologie im hier verstandenen Sinne geht es gegenüber der Politikwissenschaft vor allem um den Einbezug der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Phänomene. Hierdurch wird auch die ökonomische, kulturelle und politische Dimension von Gesellschaft in den Blick genommen, sodass die sozialen Akteure, Gruppen und Kräfte der Gesellschaft neben den im engen Sinne politisch Handelnden fokussiert werden. Gegenüber einem affirmativen oder idealistischen Politikverständnis wird im materialistischen Sinne hervorgehoben, dass »Politik- und Interessenvermittlung in der Demokratie auf sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Herrschaft« basiert (ebd.: 28). Politische Soziologie richtet sich auf die grundlegende Frage, wie ein ökonomisches System, das auf Ungleichheit basiert und ein politisches System, das den Anspruch der Gleichheit erhebt, koexistieren können und wie sich diese verschiedenen Logiken vermischen und überlagern (ebd.). Grundlage ist die Sichtweise, dass gesellschaftliche Interessen sozial verortet sowie in der Regel in Institutionen organisiert und verstetigt sind. Dadurch werden sie zu institutionalisierter gesellschaftlicher Macht (ebd.: 54).

Eine Soziopolitische Bildung bezieht sich entgegen dem Verständnis Politischer Soziologie als affirmative Stabilisierungswissenschaft der herrschenden Ordnung – wie es ihren »Gründungsvätern« vorschwebte (ebd.: 34)<sup>104</sup> – vor allem auf das Verständnis der Politischen Soziologie der *Marburger Schule*<sup>105</sup> der Politikwissenschaft um den marxistischen Juristen und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth (vgl. Deppe 2016: 111ff.).

103 Zur Einleitung in die Politische Soziologie vgl. Massing 1974; Kißler 2007; Holzer 2015.

104 In der Stabilisierung der herrschenden politischen Ordnung sahen vor allem die Begründer der Politischen Soziologie Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Aufgabe, also vor allem Max Weber, Robert Michels, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto (vgl. Deppe 2016: 143ff.).

105 Neben Wolfgang Abendroth waren für die Marburger Schule vor allem Werner Hofmann und Heinz Maus zentrale Protagonisten. Stärker als die Frankfurter Schule war die Marburger Schule in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit involviert und zielte auf die Politisierung der Gewerkschaften (vgl. Peter 2007). Frank Deppe und Hans-Jürgen Bieling gelten als Vertreter nachfolgender Generationen der Marburger Schule. Zum Verhältnis von Frankfurter und Marburger Schule (ebd.).

Die Marburger Schule begreift Politische Soziologie als kritische Oppositionswissenschaft gegenüber illegitimen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen (Abendroth/Lenk 1968: 5f.). Sie vertritt als marxistisch inspirierte Politikwissenschaft im Gegensatz zu den 1960er und 1970er Jahren dominierenden (und antikommunistisch eingestellten) formalistisch-abstrakten Institutionenlehre sowie gegenüber der *Pluralismustheorie* den Ansatz, dass Politikforschung Gesellschaftsanalyse sein muss, die die »soziale Basis der Herrschaftsordnung« (Kammler 1968: 21) fokussiert, weil diese die Möglichkeiten der Einflussnahme bestimmter sozialer Gruppen maßgeblich bestimmt (Abendroth 1967: 9f.).

Zudem zielt die Politische Soziologie in einem kritischen Verständnis auf die »politische Praxis« ab (ebd.: 11). Sie ist auf Gesellschaftsveränderung im normativen Sinne bezüglich der »Anforderungen von Demokratie« (Kißler 2007: 15) ausgerichtet, was sich allerdings nicht auf die parlamentarisch-repräsentative Demokratie beschränkt, sondern auch um Konzepte der *sozialen Demokratie* (vgl. Kap. 3.6.2) normativ ergänzt wird (Holzer 2015: 16). Politische Soziologie wird durch die »politische[] Intervention in gesellschaftliche Verhältnisse [...] selbst politisch.« (Lessenich 2009: 131) Damit holt sie wissenschaftsgeschichtlich betrachtet das ein, was der Politikwissenschaft bereits früh nach ihrer Gründung in den 1950er Jahren in Deutschland verloren gegangen ist: ihr grundsätzliches Verständnis als »Demokratiewissenschaft« (Kißler 2007: 24).

Für eine Soziopolitische Bildung bietet die Politische Soziologie durch ihre analytische Betrachtung der Wechselwirkung politischer und gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse (ebd.: 16) theoretische Grundlagen für die Analyse der Transformation von Regierungsweisen (u. a. Lessenich 2009; vgl. Kap. 5.3.5), der Herrschaftsausübung in der vermeintlich unpolitischen Zivilgesellschaft (Plehwe/Walpen 2006; vgl. Kap. 5.4.3) sowie für die Analyse der veränderten Praktiken der Rechtsprechung und des Strafvollzugs (vgl. Kap. 5.7.4) im flexiblen Kapitalismus der spätmodernen Gegenwartsgesellschaft. Dabei verfängt sie sich nicht in naiven ordnungspolitischen Ansichten der Einhegung von Konflikten durch den Staat. Ihr Praxisgehalt holt das emanzipatorische Interesse Soziopolitischer Bildung ein. Damit kann sie als grundlegend und kompatibel für eine *Kritische Staatstheorie* als Fundierung einer Soziopolitischen Bildung begriffen werden, die im folgenden Kapitel begründet wird.

